

Rechtstendenzen  
in der Freiwirtschaft,  
im Modell  
Die Natürliche Wirtschaftsordnung ?

Tristan Abromeit

Januar 1995

oooooooooooo

Studentag  
zum Thema Freiwirtschaft und Faschismus

Helmut Creutz

September 1990

Text 8.8

Nationalsozialismus und Freiwirtschaft  
Eine Anmerkung zu der Rezension des Buches  
*Weder Kapitalismus noch Kommunismus* von G. Senft  
von Josef Hüwe aus: *Fragen der Freiheit* Folge 225, Nov./Dez. 1993

Anmerkung zu einer Anmerkung von TA Mai 1994

Seiten 179 - 186

**NATIONALSOZIALISMUS  
UND  
Freiwirtschaft**

- **Zum Thema Nationalsozialismus und Freiwirtschaft**  
Eine Anmerkung zu der Rezension des Buches  
*Weder Kapitalismus noch Kommunismus* von G. Senft  
von **Josef Hüwe**  
Aus *Fragen der Freiheit* Folge 225, Nov./Dez.1993
  
- **Anmerkung zu einer Anmerkung**  
von Tristan Abromeit, Mai 1994

## Zum Thema Nationalsozialismus und Freiwirtschaft

*Josef Hüwe*

In der Rezension des Buches von G. Senft in Heft 224 »Fragen der Freiheit« heißt es auf Seite 55, bereits 1934 hätten die Nazis vollständig von Silvio Gesells »Schwundgeld« Abstand genommen. Dazu möchte ich folgendes bemerken und auch Quellen nennen, die in dem Buch von Senft nicht verzeichnet sind.

Die freiwirtschaftlichen Reformvorschläge wurden bereits im August 1921 auf einer zwischenstaatlichen Tagung der NSDAP in Linz von der Partei »restlos abgelehnt«. Über diese »Linzer Beschlüsse zur Geldreform« hat der Nazi-Vordenker Gottfried Feder ausführlich berichtet in der Zeitschrift »Volk und Gemeinde« – »Monatshefte für nationalen Sozialismus und Gemeindepolitik« –, Jahrgang 1922, Folgen 3, 5 und 8. Weitere, zum Teil schmähende Kritik findet sich in Feders Buch »Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage« (3. Auflage 1924, S. 171 ff.). Bereits im Jahre 1920 wurde in der Zeitschrift »Hammer« (Nr. 441, Nov. 1920) ein Aufsatz von ihm veröffentlicht mit dem Titel »Die Irrlehre des Freigeldes«.

Ein anderer Vordenker der Nazis, Rudolf Jung (Abgeordneter im Prager Parlament), hat Gesell ebenfalls ablehnend kritisiert, und zwar in seinem Buch »Der nationale Sozialismus« (3. Auflage 1922,

S. 118 ff. und S. 128 ff.). Feder hatte 1919 eine Schrift verfaßt mit dem Titel »Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes« (veröffentlicht 1920). Am Schluß einer Replik auf diese Schrift und die von Hitler begründeten Wirtschaftsthesen des Programms der NSDAP vom 5. 1. 1919 schrieb der Freiwirtschaftler Dr. B. Uhlenmayr in der Monatszeitschrift »Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld« im Juli 1923: »Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten ist dilettantenhaft und deshalb gefährlich. Vom Standpunkt der freiwirtschaftlichen Erkenntnis aus muß es auf das schärfste bekämpft werden. Ein Pakt mit dem Nationalsozialismus ist für uns unmöglich. . .«

Von wem aber war Feder »beseelt«, wenn nicht von Gesell und der Freiwirtschaftstheorie? Darüber hat ausführlich berichtet Gerhard Senft in der »Zeitschrift für Sozialökonomie«, 85. Folge, Juni 1990: »Vom ›Volksgeld‹ zum Mefo-Wechsel«. Es waren die Österreicher Wenzel Schober und Josef Schlesinger, zwei schlimme Antisemiten, die schon Ende des vorigen Jahrhunderts in Wien geldreformerische Schriften zum Teil dubiosen Inhalts veröffentlicht hatten. Gesell hatte mit ihnen nichts zu tun, er machte in Argentinien als selbständiger Kaufmann auf-

grund von Beobachtungen der Preisbewegungen ganz allein und ideologiefrei seine eigene Entdeckung des Geldes und seiner Gesetzmäßigkeit.

Gesells Geisteshaltung und die Freiwirtschaftstheorie waren a priori unvereinbar mit dem Nationalsozialismus. Gesell berücksichtigte in seinem Gesamtkonzept die Realität des menschlichen Eigennutzes, während die Nazis jeden persönlichen Eigennutz beseitigen wollten und wirtschaftlichen Liberalismus ablehnten. Gesell dachte antitotalitär und international, forderte die Gleichberechtigung aller Menschen und hatte keine Rassenvorurteile.

Die Nazis zielten mit ihrer Zinskritik nicht, wie Gesell, auf das traditionelle Geld selbst ab, sondern einseitig auf das Leihkapital, insbesondere das »jüdische«. Die Zinsherrschaft war für sie keine Angelegenheit des engeren Geldwesens, und der Gedanke, jene durch Änderung von Markverhältnissen zu überwinden, blieb ihnen fremd. Schließlich dachte Hitler gar nicht daran, seine Wohlfahrtsversprechen einzulösen oder gar die Zinsknechtschaft zu brechen, wie schon Erich Fromm in seinem Buch »Die Furcht vor der Freiheit« (1941) schrieb.

Feders und Hitlers Wirtschaftsprogramme wurden in freiwirtschaftlichen Publikationsorganen immer wieder kritisiert. Der Führer wurde zum Beispiel als »Helfershelfer der internationalen Hochfinanz« bezeichnet, der allenfalls Höchstzinssätze einführen wollte und das freiwirtschaftliche System der »Festwährung« bekämpfte (Wissenschaftliche Schriftenreihe der Freiwirtschaftlichen Zeitung Nr. 20/1932, Seiten 43). In Beiträgen über die NSDAP ist vom »Untergang des Individuums« und von »üblem Rassenhaß« die Rede (ebenda Nr. 17/1932, S. 21). Hans Timm wehrte sich gegen jegliche Einbeziehung in »rassische oder völkische Herde« (»Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld«, Nr. 5/1925, S. 100). Infolgedessen wurden der Freiwirtschaftsbund und andere »Freigeldvereine« 1934 vom NS-Regime aufgelöst.

Bei all den Unvereinbarkeiten ist es allerdings unverständlich, daß etliche Befürworter der freiwirtschaftlichen Reformvorschläge Hoffnungen auf Hitler gesetzt haben. Sie müssen verblendet oder desinformiert gewesen sein und sind deshalb auf die Propagandalügen des Diktators hereingefallen, oder sie hatten einen Großteil der Ideale Gesells bereits aufgegeben.

---

## FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 225

November/Dezember 1993

---

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.  
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

### Anmerkung zu einer Anmerkung

Josef Hüwe stellt zu Recht die gegenseitige Unvereinbarkeitserklärungen von Nationalsozialismus und Freiwirtschaft heraus.

Wenn man Günter Bartsch in *Die NWO-Bewegung Silvio Gesells* (S.100) folgt, so hat der von Hüwe angeführte Hans Timm seine Ablehnende Haltung doch wohl nicht ganz durchgehalten. So lange uns keine biographischen Aussagen von freiwirtschaftlichen Leuten, die mit der NSDAP bzw. dem NS-Regime verstrickt waren, vorliegen, können wir nur über die Gründe für ihr NS-Engagement spekulieren. Ich selber habe schon in den 60er Jahren gemahnt, Aussagen von Zeitzeugen festzuhalten. Aber die deutsche Art der Vergangenheitsbewältigung hat wohl denen, die etwas hätten sagen können, den Mund verschlossen. Außerdem hatte man wohl das Gefühl, daß das freiwirtschaftliche Anliegen, von der Gesellschaft in die Rumpelkammer der Geschichte gedrängt würde und die Offenlegung der Verwicklungen von Freiwirten in die NSDAP diesen Verdrängungsprozeß, dem die Freiwirtschaft unterlag, noch beschleunigen würde.

Mögliche Ursachen für ein nationalsozialistisches Engagement von freiwirtschaftlichen Leuten können sein:

- Der Druck, der die Teilhabe an ein tatsächliches oder eingebildetes gesellschaftsrelevantes Wissen auf seine Träger ausübt.
- Die damalige Abschottung der sich demokratisch verstehenden Parteien gegenüber freiwirtschaftlichen Erkenntnissen.
- Derjenige oder Diejenige, der bzw. die politisch etwas bewegen will, geht dorthin, wo sich politisch etwas bewegt. Einhergehend damit erfolgt eine Unterschätzung der Gefahren und eine Überbewertung der Möglichkeiten. Oder es wird bewußt ein persönliches oder das Anliegen evtl. belastendes Risiko eingegangen, um in einer verzweifelten Lage, wenigstens die kleine Chance der Beeinflussung einer politischen Bewegung oder Organisation zu nutzen.
- Das Bild von dem NS-Terror-Regime, das wir im Nachhinein durch die Fakten vermittelt bekommen haben, konnten allenfalls Hellsichtige damals im Voraus haben. Hellsichtige, die die Zukunft

- richtig einschätzen, sind zu allen Zeiten eine kleine Minderheit, die selten die Chance auf Gehör hat.
- Die Überschätzung der politisch heilenden Wirkung der Gesellschaftlichen ökonomischen Konzeption.
  - So wie es heute alle möglichen parteipolitischen Einbindungen von freiwirtschaftlichen Leuten gibt, der erste Gründungsimpuls der GRÜNEN von freiwirtschaftlichen Leuten ausging, es aber auch freiwirtschaftliche Leute gibt, die eine parteipolitische Arbeit ablehnen, so vielfältig waren auch in den zwanziger und dreißiger Jahren die politischen Einstellungen der FreiwirtInnen. Da die NSDAP sich ja nicht als die Ver-nichtungspartei darstellte, die sie aus der Rückschau war, und idealistische Elemente aus den unterschiedlichsten politisch-geistigen Strömungen am Anfang aufgenommen hatte, wäre es nicht verwunderlich, wenn es freiwirtschaftliche Leute gegeben hätte, die überzeugt waren, die NSDAP sei für die damalige Zeit die richtige Partei. Wer jetzt den Hinweis auf "Mein Kampf" von Adolf Hitler bringt, der überschätzt einfach die Wirkung von programmatischen Aussagen in ihrer jeweiligen Zeit.

Wir, die wir heute theoretisch oder politisch für die Freiwirtschaft wirken, haben es leicht, die Nase über jene zu rümpfen, die am Beginn der NS-Zeit in die Irre gingen. Zwar müssen wir auch aufpassen, daß sich theoretische Fortschritte nicht später als Rückschritte erweisen. Zwar ist es richtig, die Theorie immer wieder auf Schwachstellen abzuklopfen; es hat aber keinen Sinn, politische Realisierungswiderstände durch Veränderung der Theorie aufheben zu wollen.

Den Gefahren der politischen Verirrung, denen freiwirtschaftliche Leute zu Beginn der dreißiger Jahre ausgesetzt waren, sind wir in anderer und milderer Form auch heute ausgesetzt. Um der guten Sache Willen nehmen wir z.B. Mißachtung und Verleumdungen durch die Parteien hin, in denen wir arbeiten. Irgendwo erzwingt die Selbstachtung und die Gefahrenabwehr für das Anliegen, einen Strich zu ziehen und zu sagen: So und jetzt nicht mehr.

Ekkehard Lindner hat im Frühjahr 1993 für den freiwirtschaftsin-ternen Verkehr ein Papier verfaßt, in dem er warnt:

"Den Versuch, die kirchlichen, antikapitalistischen Protestbewegungen und andere linke Gruppierungen im Sinne freiwirtschaftlichen Gedankengutes zu instrumentalisieren, halte ich für die folgenschwerste Selbsttäuschung in der Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung."

Lindner begründet dies Warnung u.a. wie folgt:

"... 6. Protestbewegungen sind intolerant gegenüber Andersdenkenden, aus einer elitären, intellektuellen Überheblichkeit heraus, die Ursachen für die bedrängenden Zeitprobleme gefunden zu haben. 7. Protestbewegungen stehen aus den genannten Gründen latent in der Gefahr, totalitäre Verhaltensweisen zu entwickeln, wenn sie die Majorität besitzen.

25) Religiöse Protestbewegungen, sofern sie darangehen sollten, eine zum Kapitalismus alternative Wirtschaftsordnung zu entwickeln, werden, ordnungspolitisch gesehen, nur zu einem geschlossenen System finden, in dem es kaum noch Rückkoppelungsprozesse gibt. ...

Freiwirtschaft gedeiht ordnungspolitisch betrachtet nur in einem offenen System."

Lindner geht es, sofern ich ihn richtig verstanden habe, um die Abwehr einer inhaltlichen Verfälschung der Freiwirtschaft und um die Abwehr einer Belastung der Freiwirtschaft durch eine politische Fehlinvestition wie zu Beginn des Nationalsozialismus, die uns heute noch beschäftigt.

"Der Zins im Schatten des gesellschaftlichen Bewußtseins" ist ein Artikel von mir, der eine von 17 Antworten auf den Artikel "Der Zins und sein moralischer Schatten" von Otmar Issing (Prof. für Volkswirtschaft und Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank) darstellt und als Sonderdruck 3/94 der Zeitschrift "Der 3. Weg" unter dem Titel "Der Zins im Kreuzfeuer" erschienen ist.

Ich bin in diesem Artikel auf die zwiespältige Haltung der evangelischen Kirche zu der promarktwirtschaftlichen, aber antikapitalistischen Position *Natürliche Wirtschaftsordnung* eingegangen. Auf den Kirchentagen kann einerseits im jeweiligen *Markt der Möglichkeiten* die freiwirtschaftliche Kapitalismusanalyse und der Weg zur Überwindung der kapitalistischen Krisen und sozialen

Verwerfungen dargestellt werden, andererseits werden diese wichtigen gesellschaftlichen Themen aus den großen Hauptveranstaltungen herausgehalten. Mein Verdacht ist nun, daß der *Markt der Möglichkeiten* nur ein Instrument zum Dampfablassen und eine Möglichkeit ist, sich den Anschein der Liberalität zu geben. Ich hatte daher in meinem Artikel folgenden Satz stehen:

"Obwohl der 'Markt der Möglichkeiten' den freiwirtschaftlichen Gruppen jeweils ein dankbares Publikum und auch neue Mitarbeiter beschert hat, macht es mir die bisherige Haltung der Kirchentagsleitung unmöglich, an weiteren Kirchentagen teilzunehmen."

Weil das doch vermutlich niemanden interessiert und aus Platzgründen wurde um meine Zustimmung zur Streichung gebeten. Die Platzgründe habe ich akzeptiert. Realpolitisch hat meine Teilnahmeverweigerung an künftigen Kirchentagen bei der jetzigen Haltung der Kirchentagsleitung kein Gewicht, weil ich kein öffentlich wahrnehmbares Gewicht in der Gesellschaft habe. Moralisch hat diese, meine Haltung durchaus Gewicht. Ich habe damit meine Grenze, wo die politische Anpassung aufhört und die Verweigerung, die vor dem Widerstand kommt, beginnt, aufgezeigt.

Wir können den freiwirtschaftlichen Leuten in der Zeit des Beginns der NS-Herrschaft nicht vorwerfen, sie hätten für sich die Kooperationsgrenzen nicht gezogen, und heute so tun, als gäbe es für uns diese Grenzen nicht, nur weil es nicht unmittelbar um eine neue NS-Herrschaft geht.

